

Gewerkschaftsforum Hannover:

Das zweite Interview mit FIOM-Generalsekretär Gianni Rinaldini erschien unmittelbar nach Abschluss der Verhandlungen über die italienische Renten-Gegenreform in *“il manifesto”* vom **22.7.2007**:

“Da wurde ein Abkommen unterzeichnet, das uns zurückwirft. Jetzt die Urabstimmung”

Der Generalsekretär der FIOM, Gianni Rinaldini, erläutert Punkt für Punkt, warum die bei den Renten erzielte Übereinkunft die <sozialen> Rechte reduziert. Es steigt nicht nur das Rentenalter, sondern auch die Beiträge. Die Frauen werden gezwungen über das 60.Lebensjahr hinaus zu arbeiten. Für die Beihilfen der prekär Beschäftigten sind die 60% nur ein *“mögliches Ziel”*. Ein Schwachpunkt auch für die *“Verschlissenen”*. Bei ihnen steigt das Renteneintrittsalter auf 58 Jahre. *“Autonomie- und Demokratieverlust für die Gewerkschaft”*

Antonio Sciotto

Vor allem innerhalb der CGIL hagelt es weiterhin Kritik an dem Rentenabkommen: Nach den Protesten der Betriebe im Piemont und in der Emilia Romagna, über die wir bereits berichtet haben, gab es gestern eine Stellungnahme der RSU-Delegierten <d.h. *“Betriebsräte”*> der Fincantieri-Werft in Triest, seit der Nacht Streiks der FIAT-Arbeiter in Melfi und ein Nein kommt auch vom Bezirksverband Trento der <CGIL-Gewerkschaft für Handel, Dienstleistung und Tourismus> FILCAMS. Eine Vervielfachung der lokalen Unmutsäußerungen, die sicherlich Einfluss auf die morgige Sitzung der Nationalen Leitung haben werden. Der nationale Sekretär der FIOM, Gianni Rinaldini, ist einer der Kritischsten, wenn es um die unterzeichnete Übereinkunft geht. Er wird für uns eine detaillierte Analyse des Abkommens vornehmen und dabei bekräftigen, dass er seine Gegnerschaft auf der Vorstandssitzung zum Ausdruck bringen wird und jetzt eine Urabstimmung unter allen Arbeitern notwendig sei, wie es 1995 bei der Dini-Reform der Fall war. Zu den kontroversesten Punkten, die wir sofort nennen, gehören: 1.) Es wird nicht nur das Rentenalter heraufgesetzt, sondern auch die Zahl der notwendigen Beitragsjahre; 2.) für die Frauen stimmt es durchaus nicht, dass die 60 Jahre gesichert sind. Die

Altersrente steigt für sie auf 61 Jahre, bei 36 Beitragsjahren. Und die Altersrente wird, dank der neu eingeführten Fenster, auch über die Vollendung des 60. Lebensjahres hinaus um weitere 8 bis 9 Monate verschoben; 3.) die den prekär Beschäftigten "garantierten" 60% des letzten Entgelts sind durchaus nicht gesichert, da eine eigens zu diesem Zweck ins Leben gerufene Kommission im Jahr 2008 daran arbeiten soll. Die Revision der Koeffizienten wurde verschoben und es nicht gesagt, dass sie keine unangenehmen Überraschungen birgt.

Rinaldini, beginnen wir mit einer allgemeinen Einschätzung des Abkommens.

"Es ist klar, dass sich alles in den Bereich der von [Finanzminister und ex-EZB-Direktor](#) Padoa Schioppa angestellten Rechnungen bewegt hat. Das Ziel sollte sein die 10 Milliarden Euro Kosten, die für die nächsten 10 Jahren veranschlagt wurden, zu kompensieren und bei den Verhandlungen wurde nicht berücksichtigt, dass die Arbeiter bereits gegeben haben: Mit der jüngsten Erhöhung der Beiträge zahlen sie in Wirklichkeit eine Milliarde Euro im Jahr in das System ein. Wenn dieses Geld also nicht dazu gedient hat die Rentenreform zu finanzieren, müssen wir davon ausgehen, dass sie zum Abbau der Staatsverschuldung verwendet wurde. Allerdings stimmt es nicht, dass es ein ‚Geben und Nehmen‘ beim ‚Schatzkästchen‘ (tesoretto), das heißt den 10 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen gab. Nur 2,5 Milliarden wurden für soziale Interventionen aufgewendet und nichts für die Rentenreform. Kurz: Das Abkommen wurde voll und ganz durch die Verschlechterung verschiedener Bedingungen (auch der Arbeiterinnen) bezahlt, während es für die Renten der ‚Jugendlichen‘ (bezüglich derer ein Berg von Lügen aufgehäuft wurde, von dem ich nicht hoffe, dass er auch in die Gewerkschaft hinein reicht) noch keine konsolidierte Garantie gibt."

Also beginnen wir bei den "kleinen Anhebungen des Rentenalters".

"Ja, es ist korrekt sie ‚kleine Anhebungen‘ (scalini) zu nennen, da es keine Flexibilität der Quoten gibt. Das ist nur eine Abschwächung der von [Berlusconis rechtspopulistischem Sozialminister](#) Maroni vorgesehenen Anhebung. Aber was das Schlimmste ist, ist dass nicht nur das Mindestalter für die Rente nach Arbeitsjahren erhöht wird, sondern ab 2009 auch die Zahl der notwendigen Beitragsjahre. So muss man, um auf die Quote von 95 zu kommen, 59 Jahre alt sein und mindestens 36 Jahre lang Beiträge gezahlt haben. Dasselbe passiert bei der Quote 96: Da steigt das Alter auf 60 Jahre und die Zahl der Beitragsjahre beträgt wiederum 36. Und bei der Quote 97: 61 + 36. Ich betone: Auch für die Frauen, die bereits älter als 60 sind. Das, was ‚Quoten‘ genannt wird und faktisch keine Quoten sind, dient also nicht nur dazu die rigide Erhöhung des Mindestalters zu bemänteln, sondern stellt auch ein System zur Erhöhung der Beitragsjahre dar."

Die Frauen werden mit den neuen Fenstern auch beim Alter der Altersrente bestraft.

"Ja, und das ist ein weiterer wunder Punkt. Um die Zahl der von Maroni geschlossenen Fenster bei der Rente nach Dienstalter von 2 auf 4 zu steigern, werden Fenster für die Altersrenten geschaffen. Mit dem Paradox, dass diese Letzteren, die üblicherweise die niedrigsten Renten beziehen, die Ersteren bezahlen. So werden wir nicht nur Männer mit 65 Jahren, sondern auch Frauen mit 60 erleben, die (wie es das Abkommen vorsieht) statt der bisherigen 4 bis 5 Monate

8 bis 9 Monate länger arbeiten müssen, um dafür zu sorgen, dass die Operation ‚keine finanziellen Auswirkungen hat‘. Es gibt eine Tabelle, die das zeigt: 4 Milliarden Euro beträgt der Preis für die Wiederherstellung der Fenster bei der Rente nach Arbeitsjahren, die durch die 4 Milliarden gedeckt wird, die durch die Einführung der Fenster bei der Altersrente kassiert werden. Sodann weise ich auf das Kapitel ‚Rationalisierung der Sozialversicherungsanstalten‘ hin, das ab 2011 eine weitere Erhöhung der Beiträge um 0,09% vorsieht – ‚als Sicherungselement‘. So als würde man sagen, wenn bei der Rationalisierung die Rechnungen nicht aufgehen, müssen das die Arbeiter bezahlen.“

Welche Risiken gibt es bei den besonders anstrengenden Arbeiten?

“Ich muss sagen, dass ich es für positiv halte, dass eine Reihe von anerkanntermaßen sehr schweren Arbeiten benannt wird. Ich sehe in dem Abkommen allerdings verschiedene Gefahren. Vor allem wird eine Verbindung zwischen den Nutznießern dieser Regelung und einem Ausgabenposten hergestellt: 2,9 Milliarden Euro. Verstehe ich das richtig? Wenn dieses Geld ausgegeben ist, denkt man daran die Zahlungen einzustellen? Wenn es sich dann um 5.000 bis 7.000 pro Jahr handelt, wie ich einem Interview mit dem Arbeitsminister Damiano <ehemals DS, jetzt Demokratische Partei> entnehme, dann habe ich den Eindruck, dass die veranschlagten Zahlen noch nicht ausreichen, um den realen Bedarf zu befriedigen. Und noch eine Gefahr: Das Abkommen erlaubt es <für diesen Kreis der Beschäftigten> das Lebensalter um bis zu 3 Jahre herunterzusetzen. Bedeutet das, dass die Verschlissenen erst mit 58 Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden können, wenn im Jahr 2013 das Mindestalter 61 Jahre betragen wird? Ich hoffe, dass zumindest dies nur ein ‚Versehen‘ ist, dass korrigiert wird, weil ich darüber hinaus in dem Kapitel über die ‚Verschlissenen‘ nirgendwo die Mindestbeitragsjahre erwähnt sehe. Bedeutet das, dass – an einem bestimmten Punkt – auch für sie die 36 Beitragsjahre gelten?“

Stehen die Dinge bei den Koeffizienten und den Renten der so genannten „Jugendlichen“ besser?

“Es ist in gewisser Weise positiv, dass sie vorläufig nicht angetastet werden, aber die gemischte Kommission aus Regierung und Gewerkschaften, die sie überprüfen soll, wird dem Abkommen zufolge von der aktuellen Tabelle ausgehen, die – daran muss erinnert werden – eine Kürzung um 6 bis 8 Prozentpunkte vorsieht. Was die 60% anbelangt, das heißt die Rate, die als Anteil der Substitution gegenüber der Retribution genannt wird, ist das mit Sicherheit ein besseres Niveau als der aktuelle 40-50%-Anteil. Man muss allerdings anmerken, dass in dem Abkommen nicht drin steht, dass dieser Wert ‚realisieren werden muss‘, sondern dass er erreicht werden ‚könnte‘. Ich glaube aber allgemeiner betrachtet, dass die Gewerkschaft, was die Zukunft der Renten anbelangt, die Forderung aufstellen muss, dass erneut Hand an das System gelegt wird. Solange es vollkommen beitragsabhängig ist, wird es für inakzeptable Rentenniveaus sorgen. Also muss man an irgendeine Form von steuerlicher Intervention denken. In Ländern wie Deutschland und Frankreich ist das System durchaus nicht komplett beitragsfinanziert. Es ist eine Tatsache, dass unser Land die Daseinsvorsorge weiterhin auf der Grundlage gefälschter Zahlen betrachtet. Solange Altersvorsorge und Beihilfen nicht getrennt werden, wird es keine Transparenz geben. Seit 1995 sind bei jeder Reform absurde Zahlen im Umlauf: dass es im Jahr 2050 sechs Millionen Italiener weniger geben wird und nur

150.000 Immigranten im Jahr. Andererseits ist diese fehlende Transparenz für diejenigen ganz bequem, die von den Zahlen einen politischen Gebrauch machen. Während Berlusconi sie überschätzte, um den Italienern falsche Hoffnungen zu machen, unterschätzt sie Padoa Schioppa, um den haushaltspolitischen Problemen immer wieder Vorrang einzuräumen.“

Was soll die Gewerkschaft, die CGIL, jetzt tun?

“Die Gewerkschaft muss jetzt eine Urabstimmung abhalten. Umso mehr weil dieses Abkommen deutliche Probleme im Verhältnis zu den Arbeitern schafft. Und aus diesem Grund ist es jetzt wichtig, ja notwendig, ihnen allen Stimme zu verleihen. Es hat sich um eine gewerkschaftliche Auseinandersetzung gehandelt, bei der die direkt Betroffenen – die Arbeiter – bei Fragen, die ihre Lebensbedingungen ganz direkt betreffen, auf die Rolle von Zuschauern reduziert wurden. Ich bin davon überzeugt, dass diese Geschichte zu einer nachdrücklichen Reduzierung der Rolle der Gewerkschaft als autonomes und demokratisches Subjekt führen wird, das Forderungen stellt, mit der Unterstützung der Arbeiter und ihrer Mobilisierung für sie kämpft und dann Kompromisse schließt. In diesem Fall hat die Gewerkschaft im Gegenteil ein Dokument verfasst und dann einen Kompromiss geschlossen. Wobei sie die Vermittlung de facto dem Gleichgewicht der politischen Kräfte überließ, die die Regierung bilden.“

Vorbemerkung, Übersetzung und Einfügungen in eckigen Klammern:

Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de